



Schwyz, 22. Februar 2021

Hilfe ist dringend nötig

Zum ersten Mal kommt der Kantonsrat im neuen Jahr zusammen – insbesondere, um den durch die Pandemie existenzbedrohten Unternehmen weiterhin finanzielle Mittel zuzusichern. Die SP befürwortet das Härtefall-Unterstützungspaket, wünschte sich aber auch im Mietwesen eine Abfederung und stimmt deshalb den beiden entsprechenden parlamentarischen Vorstössen zu. Zudem fasst sie eine Ablehnung des aktuellen Gesetzgebungsprogramms ins Auge und fordert die Abschaffung des Schulgeldes auf der Sekundarstufe II.

Die Covid-19-Pandemie ist ein Jahrhundertereignis und trifft alle unverschuldet. In dieser gesundheitlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausnahmesituation ist schnelle und gute staatliche Hilfe dringend notwendig. Es dauerte viel zu lange, bis endlich die ersten nicht rückzahlbaren finanziellen Hilfen bei den von den Pandemie-Massnahmen hart getroffenen Betrieben ankamen. «Dieses erweiterte Hilfspaket kommt zwar spät und unser Kanton müsste die Betroffenen noch viel stärker unterstützen», erklärt SP-Kantonsrat Leo Camenzind (Brunnen), Mitglied der Staatswirtschaftskommission. «Es hilft aber wenigstens, einen Teil der Verluste aufzufangen und verhindert so hoffentlich pandemiebedingte Konkurse». Es ist sehr wichtig, dass nicht nur den grossen Betrieben geholfen wird. Auch kleinen Unternehmen, Selbständigerwerbenden – unter anderem in der Kultur- und Eventbranche – muss jetzt noch schneller und unbürokratischer unter die Arme gegriffen werden.

Zustimmung zum Drei-Drittels-Kompromiss für Geschäftsmieten

Während des Corona-Lockdowns im Frühjahr 2020 und auch jetzt wieder sind viele Unternehmen gezwungen, ihre Geschäftsräumlichkeiten geschlossen zu halten. Sie haben keine Einnahmen und sind nicht in der Lage, den verbleibenden fixen Kostenblock - die Mieten - zu stemmen. SP-Kantonsrat Andreas Marty (Arth) ärgert sich und fragt: „Warum sollten nur die Mieter der Geschäftsräume das Risiko einer pandemiebedingten Schliessung tragen und nicht auch die Vermieter?“ Die SP-Fraktion unterstützt darum einstimmig seine Motion, die eine Drei-Drittels-Lösung für Geschäftsmieten vorsieht, wie sie auch bereits in anderen Kantonen zur Anwendung kommt. Dabei soll sich der Kanton zu einem Drittel an den betreffenden Geschäftsmieten beteiligen, wenn sich vorgängig Mietende und Vermieter auf eine Mietzinsreduktion von je einem Drittel der Miete einigen.

Gesetzgebungsprogramm stösst auf wenig Gegenliebe

Dass der aktive Gestaltungswille der Schwyzer Regierung ziemlich klein ist, zeigt erneut das Gesetzgebungsprogramm 2021-22. 14 der 18 geplanten Vorlagen sind eine Reaktion auf übergeordnetes Recht oder müssen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen angepasst werden. Dabei gibt es so viele wichtige Handlungsfelder im Kanton. Fraktionspräsidentin Carmen Muffler (Freienbach) drückt es folgendermassen aus: «In der Dezember-Session hat der Kantonsrat ein Regierungsprogramm angenommen, das viel mehr versprochen hat. Es ist wiederum enttäuschend, wie zurückhaltend die Regierung nun im Gesetzgebungsprogramm agiert.» Die SP-Fraktion behält es sich deshalb vor, das Gesetzgebungsprogramm wie in den vergangenen Jahren abzulehnen.

Keine Schulgelder an kantonalen Mittelschulen

Der Kanton Schwyz ist einer der wenigen Kantone in der Schweiz, die von den Eltern Schulgelder für den Besuch einer kantonalen Mittelschule verlangen. Die beiden SP-Kantonsräte und Mitglieder der Kultur und Bildungscommission des Kantons Schwyz Jonathan Prelicz (Arth) und Alex Keller (Küssnacht) fordern deshalb, dass in Anbetracht der guten finanziellen Lage des Kantons keine Schulgelder mehr erhoben werden sollen. Die Kantonsfinanzen sind durch die inzwischen erfolgte notwendige Korrektur bei den Steuern nachhaltig entlastet. Hier wurden endlich die Ursachen der Finanzknappheit beseitigt. Der Elternbeitrag soll den Entscheid, ob ein Kind an eine kantonale Mittelschule geht oder nicht, nicht beeinflussen. Der Kanton Schwyz hat im interkantonalen Vergleich eine tiefe Maturitätsquote. Damit die Chancengleichheit gegenüber Familien in anderen Kantonen gegeben ist, müssen die Schulgelder an den kantonalen Mittelschulen gestrichen werden.

SP Kanton Schwyz